Stadt Zürich
Gemeinderat

GR Nr. 2019/ 487

13. November 2019

Postulat

von Andreas Egli (FDP)
und Martina Zürcher (FDP)
und 18 Mitunterzeichnenden

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei unbewilligten Demonstrationen Störungen des ÖV verhindert oder geahndet werden können.

Begründung:

Zwischenzeitlich finden fast wöchentlich Demonstrationen in der City statt. Bewilligte Demonstrationen erfolgen in Koordination mit der Stadt, namentlich mit den VBZ. Unbewilligte Demonstrationen dagegen stören und blockieren häufig den ÖV. Die Störung des ÖV steht grundsätzlich unter Strafe (Art. 239 StGB). Unabhängig davon mindern solche Störungen und Blockaden die Attraktivität des ÖV und verursachen Verspätungen und Verlängerungen des Arbeitsweges der ÖV-Passagiere. Es liegt in der Verantwortung des Stadtrats, auf diese regelmässigen Ärgernisse zu reagieren.